Herr Gleß erklärte einleitend, dass man sich im Deckblattverfahren befinde und wirksam nur zu den Änderungen des 2. Deckblatts Stellung nehmen könne.

Er teilte seine persönliche Meinung zu dem Vorhaben: Er könne dieses nicht mehr gutheißen. Das Thema Mobilitätswende sei in aller Munde. Den Kommunen werde dabei ganz genau auf die Finger geschaut. Regelmäßig werde kritisch hinterfragt, was man als Kommune dafür tue. Dieses Vorhaben mache jedoch in seinen Augen deutlich, dass die Mobilitätswende auf regionaler Ebene noch nicht angekommen sei. Hier habe man es immer noch mit dem seit Jahrzehnten bekannten Reiz-Reaktions-Muster „die Autobahnen werden voller, also werden sie verbreitert“ zu tun. Mit diesem veralteten Ansatz könne die Mobilitätswende nicht gelingen. Er halte ein regionales Mobilitätskonzept für dringend erforderlich. Dass bisher nicht die Bereitschaft bestehe, ein solches aufzustellen bzw. sich niemand der Sache annehme, missfalle ihm zutiefst.

Herr Quadt stellte kurz den Antrag der CDU-Fraktion (DS-Nr. 22/0579) vor.

Herr Metz meldete sich in seiner Funktion als Ortsvorsteher von Meindorf zur Wort und beschrieb die Dimensionen des geplanten Bauvorhabens sowie dessen Auswirkungen auf den Ortsteil Meindorf. Es müssten dafür u.a. vier Häuser in Meindorf abgerissen werden.

Er berichtete, dass ihn anlässlich des Planfeststellungsverfahrens aus der Meindorfer Bevölkerung viele Stimmen erreicht hätten, die zwar einerseits froh über die Verbesserung beim Lärmschutz seien, jedoch die Sinnhaftigkeit und Zeitgemäßheit des Vorhabens in Frage stellen würden.

Aus dem Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP (DS-Nr. 22/0582) griff er folgende Punkte auf und betonte deren Wichtigkeit für den Ortsteil Meindorf und dessen Bürgerinnen und Bürger: Grün-Brücke (1.d.), Gestaltung der Lärmschutzwand (1.b.), Tempolimit (1.c.), verträgliche Abwicklung der Baustellenverkehre (1.f.).

Herr Köhler teilte mit, dass er beiden zum Tagesordnungspunkt gestellten Anträgen inhaltlich vollumfänglich zustimme.

Ihm sei bewusst, dass man sich im Deckblattverfahren befinde und die Entscheidung über die Realisierung des Vorhabens längst gefallen sei. Dennoch sei er der Meinung, dass man in der Stellungnahme zum Ausdruck bringen sollte, dass bei heutiger Betrachtung dieser ganze Plan aus der Zeit gefallen sei. Er habe mit der heutigen Realität nichts mehr zu tun und sollte fallengelassen werden.

Herr Metz gab an, dass er persönlich auch der Meinung sei, dass die Maßnahme fallengelassen werden sollte. Die Rückmeldungen, die ihn als Ortsvorsteher erreicht hätten, hätten keinen Anlass dazu gegeben, bei einer so deutlichen Formulierung nicht mitzugehen.

Herr Puffe teilte mit, dass die CDU-Fraktion einer solchen Formulierung nicht zustimmen könne, ohne dies vorher mit der gesamten Fraktion abgestimmt zu haben.

Ausschuss und Verwaltung verständigten sich darauf, der Stellungnahme die beiden Anträge beizufügen.

Der Vorsitzende ließ über die Stellungnahme inkl. der beiden Anträge abstimmen: